

Stadtprogramm für Demokratie.

Jenaer Programm gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Empfehlungen für die Stadt Jena	2
2.1. Rassismus	2
2.2. Queerfeindlichkeit	4
2.3. Ableismus	6
2.4. Jugendbeteiligung	7
2.5. Antisemitismus	9
3. Struktur	11
3.1. Runder Tisch für Demokratie	11
3.2. KoKont - Koordinierungsstelle des Jenaer Stadtprogramms und Kontaktbüro des Runden Tisches für Demokratie	12
4. Fortentwicklung	12

1. Einleitung

Die *Lichtstadt Jena* wird nicht nur durch Wissenschaft und Technologie zum Leuchten gebracht. Sie erstrahlt auch dank der Menschen, die sich für Demokratie, Menschenrechte und Vielfalt engagieren. Ihr Engagement im Alltag, in den Vereinen und Initiativen, den Behörden und in den kommunalen Parlamenten, in den Betrieben, Schulen und Hochschulen macht die Stadt lebenswert. Wo Licht ist, ist aber auch Schatten: Nicht alle Menschen können in Jena im gleichen Maß am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Diskriminierung verhindert dies. Grundlegende Ressourcen wie Wohnraum, Bildung oder Mobilität sind nicht für alle in gleicher Weise zugänglich.

Das Jenaer Stadtprogramm wurde einst als Reaktion auf die rechtsextreme Szene in Jena entwickelt. Diese Szene konnte zwar durch die demokratische Stadtgesellschaft in den letzten Jahren zurückgedrängt werden. Sie ist aber nicht verschwunden. Einzelpersonen haben sich im unmittelbaren Umland von Jena niedergelassen und in der Stadt kommt es weiterhin zu Übergriffen auf Menschen, die nicht in das rechtsextreme Weltbild passen.¹ Vorstellungen der Ungleichwertigkeit und Nationalismus sind jedoch keineswegs nur ein Problem am äußeren rechten Rand. Auch in der Mitte der Gesellschaft finden sich solche Positionen wieder.² Deutlicher Ausdruck dafür sind die Normalisierung rechtsextremer Narrative, alltägliche Diskriminierung und die zunehmende Unterstützung rechtsextremer Parteien.³

Im Jahr 2000 verabschiedete der Runde Tisch für Demokratie, als Ort der Aushandlung zwischen den verschiedenen Teilen der Jenaer Stadtgesellschaft, das Stadtprogramm in seiner ersten Fassung, die 2018 aktualisiert und nunmehr in ihrer dritten Überarbeitung vorliegt. Damals wie heute entsteht das Programm im gemeinsamen Austausch von Vertreter*innen aus Politik, Wissenschaft, Kirche und der Jenaer Zivilgesellschaft. Es lebt von Beteiligung und bleibt offen für Neues: Was im Stadtprogramm steht, ist nicht in Stein gemeißelt. Das ist wichtig, denn die Stadtgesellschaft ist im Wandel begriffen. Sie wird vielfältiger, dank der Menschen verschiedenen Alters mit unterschiedlicher Herkunft, Identität und Bedürfnissen. Die vorliegende Aktualisierung ist das Ergebnis eines zweijährigen Aushandlungsprozesses. Zu den Themen Rassismus, Queerfeindlichkeit, Ableismus und Jugendbeteiligung wurden Beteiligungsformate durchgeführt, um das Überarbeiten der Inhalte so partizipativ und betroffenenorientiert wie möglich zu gestalten. Diese Schwerpunkte ergaben sich aus der Situations- und Ressourcenanalyse des Instituts für Demokratie und

¹ Situations- und Ressourcenanalyse, S. 16, 21ff.

² Thüringen-Monitor 2023.

³ Situations- und Ressourcenanalyse, S. 42f.

Zivilgesellschaft (IDZ). Neben diesen vier Schwerpunktthemen widmet sich ein weiterer Punkt dem zunehmenden Antisemitismus.

Das Stadtprogramm hat viele Anliegen. Es ist ein Ausdruck der zivilgesellschaftlichen Selbstverständigung, möchte Leitlinie für die Kommunalpolitik und Stadtverwaltung sein und adressiert alle Menschen in Jena. Es benennt bisherige Erfolge, legt den Finger aber auch in die Wunde. Missstände müssen klar benannt werden, wenn wir dem Ziel eines solidarischen, respektvollen und demokratischen Zusammenlebens näherkommen möchten, in dem alle ohne Angst verschieden sein können. Umso heller kann die Lichtstadt Jena leuchten.

2. Empfehlungen für die Stadt Jena

2.1. Rassismus

Im Rahmen der Fortschreibung des Jenaer Stadtprogramms fanden zwei Werkstätten zum Thema Rassismus statt. Diese wurden vom Migrationsbeirat organisiert, um unterschiedliche Perspektiven aus migrantischen Communities zu sammeln und Strategien zu entwickeln. Die erste Veranstaltung richtete sich an Mitglieder des Migrationsbeirats und Vertreter*innen von Migrant*innenorganisationen, während die zweite Sitzung für Frauen mit Migrationsgeschichte konzipiert war. Aus diesen Formaten ergeben sich die folgenden Empfehlungen:

- Aufklärung und Sensibilisierung, um das Bewusstsein in der Gesellschaft zu schärfen
- Fortbildung für Behördenmitarbeiter*innen: Schulungen im Umgang mit Rassismus und Diskriminierung
- Effizienteres Arbeiten insbesondere der Ausländer- und Einbürgerungsbehörde
- Verwendung von „Einfacher Sprache“ und mehrsprachige Informationen für Formulare
- Antirassismussarbeit in Schulen (entsprechend kommunaler Möglichkeiten intensivieren)
- Antirassismussarbeit in Wohnungsunternehmen: Konzepte zum diskriminierungsfreien Umgang entwickeln
- Schaffung von sicheren Räumen, in denen Menschen über ihre Erfahrungen sprechen und sich austauschen können, bspw. ein Begegnungszentrum getragen von und für Migrant*innenorganisationen
- Informationsveranstaltungen zu Rassismus und Diskriminierung anbieten, um das

Verständnis über Strukturen und Mechanismen von Rassismus zu fördern und Empowerment-Angebote für Betroffene zu ermöglichen

- Stärkung von Selbstvertretungen wie dem Migrationsbeirat (MIB) und Migrant*innenorganisationen
- Förderung der Erinnerungskultur (NSU-Komplex): Eine Bildungsstätte zur Erinnerung an die Opfer des rechten Terrors ist unabdingbar, um eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsextremismus in Jena zu fördern
- Anerkennung und Sichtbarkeit der Beiträge von Migrant*innen zur Gesellschaft erhöhen
- Auf kommunaler Ebene eine objektive und faire Asyl- und Migrationspolitik, die auf Fakten und nicht auf Vorurteilen basiert, fördern
- Einrichtung einer unabhängigen Antidiskriminierungsstelle
- Bereitstellung von Rechtsberatung für Betroffene von Rassismus und Diskriminierung, um Zugang zu juristischen Mitteln zu ermöglichen
- Maßnahmen zur Erhöhung der Sichtbarkeit der kommunalen Antidiskriminierungsstelle
- Unterstützung (Mentoring und Beratung) für Menschen mit Migrationshintergrund in Bildungs- und Berufsfragen anbieten

Die Werkstätten haben gezeigt, dass großer Bedarf an Austausch und gemeinsamen Strategien zur Bekämpfung von Rassismus besteht. Die Teilnehmenden waren sich einig, dass Rassismus nur durch kontinuierliche Aufklärungsarbeit, Dialog und strukturelle Veränderungen effektiv bekämpft werden kann. Wir leben in einer Migrationsgesellschaft. Die erarbeiteten Empfehlungen bieten eine solide Grundlage für zukünftige Maßnahmen und Programme der Stadt zur Förderung einer inklusiven und diversen Gesellschaft.

Darüber hinaus betonen die Teilnehmenden und der Migrationsbeirat, dass aufgrund des politischen Klimas im Land, die Verantwortung der Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik zur Gestaltung einer pluralen Demokratie größer geworden ist. Die Kommunen spielen hierbei eine zentrale Rolle. Aber es sollten entsprechend der (lokalen) Möglichkeiten ebenso für Landes- und Bundesebene jegliche Anstrengungen unternommen werden, um die Grundlagen unserer Demokratie zu schützen. Dazu gehören unter anderem der Schutz und die Achtung der Menschenrechte und des Asylrechts, die Toleranz und der Respekt vor den demokratischen Institutionen, die Rechtsgleichheit als Grundprinzip der Rechtsstaatlichkeit sowie die Sozialstaatlichkeit.

2.2. Queerfeindlichkeit

Die folgenden Empfehlungen sind das Ergebnis der Beteiligungsformate von und für queere Menschen.

Aufbau eines queeren Zentrums

Ein Queeres Zentrum für Jena wird eingerichtet. Neben Angeboten für Begegnung, Bildung und Beratung soll das Zentrum auch die Koordination und Vernetzung bestehender Initiativen übernehmen, um Strukturen, Ansprechbarkeit und Infrastrukturen bereitzustellen.

Maßnahmen

- partizipative Entwicklung eines Konzeptes für ein Queeres Zentrum, gemeinsam mit den LSBTIQ*-Communities
- Bereitstellen einer geeigneten Immobilie und finanzieller Mittel in adäquater Höhe
- Bis zur Eröffnung des Zentrums: Bereitstellen von kostenfrei nutzbaren, einfach zu buchenden und barrierearmen Räumen in verschiedenen Stadtteilen.

Verabschiedung eines queeren Stadtverwaltungspakets

Die Stadtverwaltung setzt Maßnahmen zur Umsetzung und Absicherung queer-sensiblen Handelns um und unterstützt die Sichtbarkeit queerer Vielfalt im öffentlichen Handeln.

Maßnahmen

- Benennen einer Queer-beauftragten Person
- Schulung und Sensibilisierung von städtischen Mitarbeitenden zu queeren Themen, queersensiblen Handeln und (An-)Sprache
- Geschlechtersensible Überarbeitung von Formularen und Publikationen
- Geschlechterneutral nutzbare Sanitär- und Umkleieräume in städtischen Einrichtungen und Immobilien
- Förderung der Vernetzung queerer Mitarbeitenden in Stadtverwaltung und städtischen Eigenbetrieben
- Erhöhung queerer Sichtbarkeit, z. B. durch Benennung von Straßen & Plätzen, Hissen von Fahnen zu Aktions- und Gedenktagen, öffentliche Grußbotschaften der Stadtverwaltung, Ausstellungen, Kunstprojekten

Bereitstellung von Fördermitteln für themenbezogene Projekte

In Jena wird ein Fördertopf zur (Ko-)Finanzierung queerer Projekte und Träger geschaffen.

Maßnahmen

- langfristiges Bereitstellen von städtischen Haushaltsmitteln
- niedrigschwellige Mittelvergabe über zivilgesellschaftsnahe Anbindung an bestehende Strukturen
- Bewerbung des Fördertopfs

Queere Jugendhilfe

Die Jugendhilfeangebote der Stadt und der von ihr beauftragten Träger werden queer-sensibel gestaltet und auf queere Zielgruppen ausgerichtet.

Maßnahmen

- Sensibilisierung von Jugendhilfe-Trägern
- Schaffung einer ambulanten Wohngruppe für queere Jugendliche (z. B. für solche, die in Folge ihres Coming-out aus dem Elternhaus geschmissen werden)
- Aufnahme von Maßnahmen in den städtischen Jugendförderplan (Beratungsangebote für geschlechtliche und sexuelle Identitätsfragen schaffen)

2.3. Ableismus⁴

Um Ableismus in Jena abzubauen, hat die Stadt Jena 2017 den Aktionsplan „Inklusive Stadt“⁵ erarbeitet und verabschiedet. Zwei ausgewählte Anliegen des Aktionsplans sind die barrierefreie Nutzung der städtischen Website und die Verfügbarkeit von Formularen in leichter Sprache. Sieben Jahre nach Verabschiedung des Aktionsplans sind beide Forderungen noch nicht umgesetzt. Dies führt zu Frust bei Betroffenen, da der Eindruck entsteht, dass der Aktionsplan, sowie die UN-BRK⁶ (auch in der Stadtverwaltung) weitestgehend unbekannt sind. Des Weiteren fällt schlechtes Wegemanagement an Baustellen auf. Auch im weiteren öffentlichen Raum begegnen Menschen mit Behinderung zahlreichen Barrieren. So sind beispielsweise Konzerthäuser, Clubs oder Sportstätten oft nicht barrierefrei zugänglich und nutzbar. Dies führt dazu, dass es wenig inklusive Angebote in Kultur, Freizeit und Sport gibt. Für die soziale und kulturelle Teilhabe ebenso wie für Sichtbarmachung und Sensibilisierung ist es jedoch essenziell, dass Menschen mit Behinderung den öffentlichen Raum gleichberechtigt nutzen können.

2023 fand das erste barrierefreie Kulturfestival Jenas statt, das „Schranken Los! - Kulturfestival für jedermannsch“. Dies setzte sich zum Ziel, die Möglichkeiten, die es gibt, um Barrierefreiheit auf Festivals und Veranstaltungen zu ermöglichen, einzusetzen. Beispiele wie diese zeigen, dass es Möglichkeiten gibt, soziale und kulturelle Teilhabe zu ermöglichen.

Maßnahmen:

- Bekanntmachung und Umsetzung des Aktionsplans „Inklusive Stadt“
- Unterstützung und Durchführung von Veranstaltungen, die sich an alle Menschen der Stadtgesellschaft richten (bspw. „Schranken Los! – Kulturfestival für jedermannsch“ als Veranstaltung verstätigen)
- Zugänglichkeit zu allen Bereichen der Stadt gewährleisten
- Einbeziehung und Partizipation in politischen Gremien, Ausschüssen, bei Umfragen und Erhebungen

⁴ Anm.: Ableismus bedeutet, dass Menschen mit Behinderung von anderen Menschen ohne Behinderung auf die Merkmale reduziert werden, in denen sie sich von einem vermeintlichen „Normalzustand“ unterscheiden. Dies können sichtbare oder unsichtbare Merkmale sein (bspw. ein Rollstuhl oder eine geistige Behinderung). Von diesen Merkmalen wird anschließend, ohne vorher nachzufragen, beispielsweise darauf geschlossen, was die Person mit der Behinderung kann oder nicht kann. Oft wird die Vielfalt der Einschränkungen nicht wahrgenommen.

⁵ https://vorhaben.jena.de/fm/2150/Aktionsplan_IJ.pdf

⁶ UN-Behindertenrechtskonvention

2.4. Jugendbeteiligung

Verbesserung der Jugendbeteiligung an den Schulen

Zwischen den Jenaer Schulen herrscht eine bedenkliche "Isolation" bei den Schüler*innenmitverwaltungen (SMV), die sich in einem Mangel an Vernetzung und Informationen über die bestehenden Strukturen und Verantwortlichkeiten manifestiert. Diese fehlende Verbindung untereinander führt dazu, dass Schüler*innen und ihre gewählten Vertreter*innen wie Klassen-/Kurs sprecher*innen, die SMV und die Schulsprecher*innen oft im Dunklen darüber bleiben, welche Rechte und Pflichten sie haben und wie sie diese ausüben können.

Ziel sollte es daher sein, eine vernetzte Struktur zu schaffen. Durch eine verbesserte Vernetzung und eine breitere Bildung zu Jugendbeteiligung in Schulen sollen die Jugendlichen in die Lage versetzt werden, ihre Interessen wirksam zu vertreten und positive Veränderungen voranbringen zu können.

Maßnahmen:

- Bekanntmachung wichtiger Personen/Strukturen, bspw. Schülersprecher*innen und Benennung von Ansprechpersonen in Schule und Verwaltung (entsprechend der Zuständigkeiten) für Konsultationen und Austausch
- Organisation von Workshops durch externe Expert*innen, um Jugendliche für ihre entsprechende Aufgabe zu befähigen
- Aufklärung über die Rechte und Pflichten bzgl. der Beteiligung in der Schule
- Angebote zur Vernetzung für Schülersprecher*innen und gewählte Vertreter*innen

Steigerung von Jugendbeteiligung im Jugendparlament (JuPa)

Seit geraumer Zeit fordert das JuPa bereits, besser in die Stadtarbeit eingebunden zu werden. Denn das JuPa hat einige gesetzliche Hürden. Das JuPa kann kaum in Arbeitsprozessen mitbestimmen und wird sogar teils gar nicht in kommunale Prozesse eingebunden, da das JuPa nicht an den nicht-öffentlichen Teilen der Ausschüsse teilnehmen darf. Auch dürfen die Vertreter*innen in den Ausschüssen immer nur einmal auftreten und nur ein*e Vertreter*in darf in dem Ausschuss als beratendes Mitglied wirken. Zudem gibt es häufig niemanden, der die Jugendlichen über die Aufgaben des entsprechenden Ausschusses aufklärt und die zu besprechenden TOPs erklärt. Dies

führt dazu, dass Jugendliche teilweise hilflos in Ausschüssen sitzen und nicht wissen, worum es geht.

Maßnahmen:

- Einführungsworkshop für alle JuPa-Mitglieder bspw. zu Kommunalpolitik
- Zutritt in den nicht-öffentlichen Teilen der Ausschüsse
- Lotsenprogramm für Jugendliche in Ausschüssen (durch Benennung zuständiger Personen)
- Kommunalpolitik und Formen der Jugendbeteiligung im Unterricht behandeln oder als eigenständige Projektstage durchführen

Jugend braucht Freiräume

Mit zunehmendem Alter wird Selbstständigkeit für Kinder und Jugendliche immer wichtiger. Zusätzlich zur eigenen Gestaltung des Alltags spielt auch die Kontrolle über die genutzten Räume eine große Rolle. Das Problem fehlender Räume und Orte für Jugendliche tritt dabei besonders abends und nachts auf.

Zentrales Bedürfnis der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Jena sind daher vor allem selbstverwaltete Räume, deren Zugänge unabhängig von Erwachsenen möglich sind. Dabei ist eine Zusammenarbeit und Anbindung an ein Jugendzentrum oder eine andere öffentliche Einrichtung wünschenswert, damit benötigte Hilfe bereitgestellt werden kann und bereits vorhandene Ressourcen sinnvoll genutzt werden.

Maßnahmen:

- selbstverwaltete Räume schaffen
- Veranstaltungen und niedrigschwellig nutzbare Räume für Menschen unter 18 für die Abendstunden (nicht nur im Zentrum)

2.5. Antisemitismus

Antisemitische Diskriminierung geschieht nicht aus Gründen, sondern kann sich politisch, religiös oder rassistisch artikulieren. Im Zuge der Corona-Pandemie kam es zu einem deutlichen Anstieg bei der Verbreitung antisemitischer Verschwörungserzählungen sowie antisemitischer Codes und Symbole. Seit dem Angriff der islamistischen Terrororganisation Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und der anschließenden militärischen Offensive Israels hat sich die Bedrohungslage durch antisemitische Straftaten und Bedrohungen von Menschen und Einrichtungen weiter verschärft und ein neues Ausmaß erreicht.⁷ Es wird dabei immer deutlicher: Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Er gehört nicht nur zum Kern der erstarkenden neo-nazistischen und rechtsextremen Bewegung in Thüringen, auch in der politischen „Mitte“, in migrantischen Gemeinschaften sowie in linken Gruppierungen ist Antisemitismus weit verbreitet. Besonders sichtbar in Jena ist derzeit Antisemitismus auf vermeintlich „pro-palästinensischen“ Kundgebungen und Demonstrationen, bei denen weitgehend unwidersprochen Verschwörungsmythen verbreitet werden, Israel das Existenzrecht abgesprochen und antisemitische Gewalt geleugnet und verherrlicht wird. Geschichtsrevisionismus, also die Bagatellisierung oder Leugnung antisemitischer Verbrechen insbesondere während des NS spielt in allen genannten Formen des Antisemitismus eine zentrale Rolle. Juden:Jüdinnen in Jena, von denen viele aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion stammen, sind in großen Teilen zusätzlich von Armut und Rassismus betroffen und leben zurückgezogen. Sie vermeiden öffentlich als jüdisch erkennbar zu sein, da sie antisemitische Vorfälle antizipieren.⁸ Vor diesem Hintergrund ist eine intensivere und kontinuierliche Beschäftigung mit Antisemitismus von besonderer Dringlichkeit.⁹ Es braucht eine Solidarität mit Juden:Jüdinnen in Jena im Alltag und auf politischer Ebene.

Maßnahmen:

- Bildungsangebote und Aufklärung zur Antisemitismusprävention
- Medienkompetenz stärken, um antisemitische Narrative zu erkennen

⁷ Thüringen-Monitor 2023, S 113-114.

⁸ Vgl. Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (Hg.) (2022). Problembeschreibung Antisemitismus in Thüringen, S. 23. Online verfügbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/RIAS_Thuringen/Problembeschreibung_RIAS_Thuringen.pdf

⁹ Antisemitische Vorfälle in Thüringen 2023. Ein Bericht der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Thüringen.

- Erinnerungs- und Gedenkkultur stärken (eigenes städtisches Gedenk- und Erinnerungskonzept), Geschichtsrevisionismus thematisieren
- Monitoring antisemitischer Vorfälle; in Zusammenarbeit mit RIAS Thüringen
- Klare und wahrnehmbare Stellungnahmen gegen antisemitische Äußerungen (bspw. durch Stadtverwaltung, Kommunalpolitik aber auch Vertreter*innen der Zivilgesellschaft) und Teilnahme an Veranstaltungen, die sich gegen Antisemitismus richten
- Unterstützung von Initiativen und Organisationen, die im Themenfeld engagiert sind
- Städtepartnerschaft mit einer israelischen Stadt anstreben und lebendig gestalten

3. Struktur

Für die Umsetzung des Jenaer Stadtprogramms ist die Einbeziehung und Unterstützung durch die Stadtgesellschaft erforderlich. Um dies zu ermöglichen, stützt sich das Stadtprogramm auf zwei Institutionen.

3.1. Runder Tisch für Demokratie

Zusammensetzung und Durchführung:

Der Runde Tisch für Demokratie ist das Zusammenkommen von Vertreter*innen gesellschaftlicher und kommunaler Einrichtungen mit dem gemeinsamen Ziel, das Stadtprogramm umzusetzen. Hierzu zählen Vereine und Verbände, Institutionen, Vertreter*innen der Jenaer Ortsteile und des Stadtrats, politische Parteien, Stadtverwaltung, Gewerkschaften, Kirchen, lokale Wirtschaft, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Ernst-Abbe-Hochschule, Schulen, Aktionsbündnisse und Initiativen sowie engagierte Einzelpersonen.

Das Format ermöglicht die Verständigung zwischen Zivilgesellschaft und kommunaler Verwaltung. Zu einzelnen Themen können Vertretungspersonen aus relevanten Bereichen eingeladen werden. Der Runde Tisch trifft sich mindestens dreimal im Jahr.

Zudem hat der Runde Tisch die Aufgabe, über Fortschritte und Probleme, die sich bei der Umsetzung des Stadtprogramms ergeben, zu diskutieren. Dabei ist der Austausch über Bedarfe und Vorfälle in Jena rund um rechtsextremistische Aktivitäten weiterhin ein zentrales Anliegen.

Der Runde Tisch soll darüber hinaus als Impulsgeber und Multiplikator für Veranstaltungen oder Aktionen in den Themenfeldern des Stadtprogramms dienen.

*Der Berater*innenkreis des Runden Tisches für Demokratie:*

Der Berater*innenkreis besteht aus Akteur*innen der Jenaer Zivilgesellschaft. Er soll zusammen mit der Koordinierungs- und Kontaktstelle (KoKont) die Sitzungen des Runden Tisches vorbereiten, durchführen und nachbereiten. Die Mitglieder des Berater*innenkreis übernehmen die Moderation der einzelnen Sitzungen. Der Berater*innenkreis vertritt außerdem den Runden Tisch in öffentlichen Angelegenheiten. Das bedeutet bei Veranstaltungen, Aktionen und Interventionen stellvertretend für den Runden Tisch zu sprechen.

Der Berater*innenkreis soll aus mindestens fünf Personen bestehen und in seiner Zusammensetzung mit Fokus auf die Themen des Stadtprogramms das breite Spektrum der Jenaer

Zivilgesellschaft abbilden. Einzelne Organisationen und Vereine können hierfür ein Vorschlagsrecht erhalten.

3.2. KoKont - Koordinierungsstelle des Jenaer Stadtprogramms und Kontaktbüro des Runden Tisches für Demokratie

Arbeitsfähig wird der Runde Tisch durch KoKont. KoKont ist dabei Teil der Zivilgesellschaft, wird jedoch durch die Kommune finanziert. KoKont wirkt auf die inhaltliche und strukturelle Umsetzung des Stadtprogramms hin und unterstützt dabei andere in den Themenfeldern agierende Institutionen und Gruppen.

Für engagierte Menschen aus der Zivilgesellschaft bietet KoKont infrastrukturelle und inhaltliche Unterstützung. Initiativen werden bei der Suche nach Finanzierung und ggf. der Durchführung von Projekten unterstützt. Darüber hinaus realisiert KoKont eigene Projekte im Bereich Rechtsextremismusprävention und zur Stärkung einer offenen und toleranten Stadtgesellschaft. Gleichzeitig ermöglicht die Kontakt- und Koordinierungsstelle die nötige Kooperation mit der Kommunalverwaltung der Stadt und arbeitet in Abstimmung mit dem Landesprogramm „Denk bunt!“ sowie der lokalen Partnerschaft für Demokratie.

KoKont hat zudem die Aufgabe Netzwerke aufzubauen und zu unterstützen. So soll eine enge Kooperation mit Interessensgruppen aus den Themenfeldern Rechtsextremismus(prävention), Demokratiewerk und den Schwerpunktthemen des Stadtprogramms sichergestellt werden.

4. Fortentwicklung

Um das Stadtprogramm mit Leben zu füllen und um auf sich verändernde Bedarfe zu reagieren, muss regelmäßig auf den Prüfstand gestellt werden, welche Entwicklung und Hürden sich bei der Umsetzung ergeben. Der Runde Tisch für Demokratie soll deshalb alle drei Jahre den aktuellen Stand ermitteln und diskutieren. Dies soll in einem geeigneten Format geschehen. Die Vorbereitung hierfür übernimmt die Kontakt- und Koordinierungsstelle (KoKont) mit Unterstützung der Stadtverwaltung.